

# Schule im Blick ● punkt

Informationen des Landeselternbeirats Baden-Württemberg



## Schule braucht zukunftsfähige Konzepte

- Wo bleibt der Marshallplan?

## Realschul- und Werkrealschulabschluss im Vergleich

- Gleichwertig ist nicht gleich

## Die Bedeutung frühkindlicher Bildung

- Wenn die Synapsen verkümmern

## Berliner Forschungsinstitut legt neue Studie vor

- Jeder vierte Schüler sitzt in der Nachhilfe

## Erste Bilanz bei Diagnose- und Vergleichsarbeiten

- Wir haben die Kirche im Dorf gelassen

## Bildungsferne ist nicht nur Frage nationaler Herkunft

- Die Schicht weist den Schulweg

## LEB fordert dezentrale Verteilung der Schulpsychologen

- Chance auf schnelle Hilfe wird vertan

**Abi 2012 in Hochschule aktuell**

## Inhaltsverzeichnis

Wo bleibt der Marshallplan? . . . . .	3	Qualitätsoffensive für die Gymnasien. . . . .	18
Gleichwertig ist nicht gleich . . . . .	5	<i>SiB</i> -Leserinnen und -Leser sagen ihre Meinung . . . . .	20
Spagat zwischen Langeweile und Stress. . . . .	6	Wir haben die Kirche im Dorf gelassen . . . . .	21
Wenn die Synapsen verkümmern . . . . .	8	<b>Hochschule aktuell</b>	
Chance auf schnelle Hilfe wird vertan . . . . .	10	Ausbau statt Untertunnelung . . . . .	24
Zu wenig Stellen und zu wenig Vernetzung . . . . .	11	Studieninformationstag 2008 . . . . .	27
Stärke für besondere Lebenssituationen . . . . .	14	Neues Förderprogramm für Mädchen . . . . .	27
Die Schicht weist den Schulweg. . . . .	15	Mehr Spielraum bei Stipendien . . . . .	27
Jeder vierte Schüler sitzt in der Nachhilfe . . . . .	16		



Christiane Staab,  
Vorsitzende des Landeselternbeirats

Liebe Leserinnen und Leser,

nun kommt sie also, die Rolle rückwärts im Bereich der staatlichen Schulaufsicht. Das System Schule sollte durch die Verwaltungsstrukturreform und die Abschaffung der „Sonderbehörden“ (endlich) in die „normale“ Gesellschaft überführt werden. Sie sollten eingebunden werden in das ganze Netz von kommunaler Verwaltung und Landesverwaltung. Schnell sahen sich Schulräte in einer Behörde auf Augenhöhe mit Jugendamts-, Sozialamts-, Sozialen Dienst-, Gesundheitsamtsmitarbeitern und allen, die mit Kindergärten, Schulkindern und Eltern zu tun haben (außerhalb der Schule, sozusagen im zivilen Leben).

Bürgermeister, Kammern, Kirchen und alle, die vor Ort waren, fingen an, sich über „ihre“ Schulen und deren Qualitätsentwicklung Gedanken zu machen. In den Jugendhilfeausschüssen wurden Übergangsquoten zum Megathema. Neue Schulmodelle wurden entwickelt, Kooperationen mit Institutionen aller Art ergaben sich aus der Nähe zueinander. Schulräte vor Ort waren in viele Projekte als Berater, Begleiter und Aufsicht eingebunden. Man lernte sich kennen und schätzen, eben das, was Nähe mit sich bringt.

Zunehmend machte sich bei so vielen „Mitmachern“ und neuen Ideen offenbar die Sorge in Stuttgart breit, was denn hier mit der letzten Bastion der Länderhoheit gerade geschehe.

Kultuspolitik ist Landessache und damit basta! Die Landräte und Bürgermeister dürfen bezahlen, aber doch nicht anfangen in das System hineinzuregieren. Machtgerangel entstand und nach nur 3 Jahren wurde der seidene Faden, den die Schulen als Netzchen nach außen spannten, durchschnitten. Anstatt mutig darauf zu vertrauen, dass langfristig ein festes, tragfähiges Netz um jede Schule im Land durch zahlreiche Partner gesponnen würde, schlug die nackte Panik des Kontrollverlustes zu. Alles sofort beenden, Schulämter raus aus dem vergiftenden Einfluss der kommunalen Partner, die ja vor Ort hätten standortangemessene Schulen basteln können.

Die Landesregierung macht hierbei aus meiner Muttersicht einen zentralen Fehler, der auch immer wieder bei Eltern festzustellen ist.

Daher ein Erziehungstipp an die Landesregierung: Wenn Sie die Schulen langfristig an sich binden wollen, dann schenken Sie ihnen Vertrauen und die Freiheit, die jede Schule für ihre individuelle Entwicklung benötigt. Ebenso wenig, wie ein Kind dem anderen gleicht, gleicht eine Schule der anderen. Zentrale Ansätze sind daher in weiten Teilen fehl am Platze. Je stärker Eltern ihr Kind rigide an sich binden, um es vermeintlich zu behalten, desto eher werden sie es verlieren. Kontrolle und Macht sind Begriffe, die sowohl im Bereich der Bildung wie auch der Erziehung, aber auch der Schulentwicklung nichts zu suchen haben. Liebe Landesregierung, fördern und fordern Sie. Geben Sie Schulen den Raum, sich eigene Partner zu suchen. Lassen Sie sie sich entwickeln und eigene Wege im Rahmen der Profilierung gehen. Nehmen Sie Abstand von Zwangsverheiratung mit Schulleitern, die von der Schulgemeinschaft abgelehnt werden, ebenso wie von der Partnerwahl nach Noten.

Geben Sie den Schulen die Mittel, sich die Partner wählen zu können, die Schule in ihrer einzigartigen Situation benötigt. Das ist nicht immer ein Lehrer. Hierbei sind die Schulämter ein wichtiger Partner. Aber sie dürfen nicht unerreichbar weit weg sein, sondern sie müssen sofort da sein, wenn sie angerufen werden. Und sie müssen informiert sein darüber, was an „ihren“ Schulen läuft. Ein Schulrat, der nur kommt, wenn es Probleme gibt, ist Aufsicht, aber nicht Partner. Das Wichtigste ist aber, den Schulen und ihren Partnern zu vertrauen. Wer vertraut und loslässt, der wird sein Kind bzw. seine Schule für immer behalten. Wer klammert und knebelt, der wird alles verlieren.

Liebe Leserinnen und Leser, ich wünsche Ihnen und Ihren Familien eine erholsame Urlaubszeit

Ihre

*Christiane Staab*

**Impressum:** Herausgeber: Der Landeselternbeirat Baden-Württemberg, Alexanderstraße 81, 70182 Stuttgart, Vorsitzende: Christiane Staab – Schriftleitung: Sylvia Wiegert (sw), Wiesenblick 6, 72250 Freudenstadt, E-Mail: sib@leb-bw.de, Internet: www.leb-bw.de. Weitere Mitarbeiter der Redaktion: Uwe Bimmler (ub), Anette Soppa (as), Hartmut Wagner (hw) – Verlag: Neckar-Verlag GmbH, Klosterring 1, 78050 Villingen-Schwenningen, Telefon (07721) 8987-0. E-Mail: info@neckar-verlag.de, Internet-Adresse: http://www.neckar-verlag.de – Erscheint sechsmal im Schuljahr – Bestellung beim Verlag – Jahresabonnement Euro 10,65 zzgl. Porto. Abbestellungen nur zum Schuljahresende schriftlich, jeweils acht Wochen vorher – Rücksendung unverlangt eingeschickter Manuskripte, Bücher und Arbeitsmittel erfolgt nicht. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Schriftleitung oder des Verlags. Zuschriften nur an die Schriftleitung.

## Ausbau statt Untertunnelung

### 16.000 neue Studienanfängerplätze für den doppelten Abiturjahrgang

von Minister Professor Dr. Peter Frankenberg

Um die Chancen der Absolventen des doppelten Abiturjahrgangs auf ein Studium an den Landeshochschulen und Berufsakademien zu sichern, schafft die Landesregierung 16.000 zusätzliche Studienanfängerplätze für die Jahre 2012 und 2013, den Zeiten des Spitzenbedarfs. Das Wissenschaftsministerium investiert bis zu 150 Millionen Euro jährlich in das Programm „Hochschule 2012“.

Wann und wo immer sich in diesen Wochen ein Vertreter des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst in offizieller Funktion zeigt, steht er im Zentrum des Interesses. Aber nicht die von den Landesuniversitäten so erfolgreich bestandene „Exzellenzinitiative“ oder die Erfolge in Forschung und Wissenschaft, auch nicht die aufsehenerregenden und weit über die Landesgrenzen hinausstrahlenden Aufführungen unserer Theater sind Gegenstand dieses gesteigerten Interesses. Nein, es ist die zentrale Frage, die zahlreiche Eltern derzeit bewegt: „Wird mein Kind im Jahr 2012 einen Studienplatz bekommen? Wird das Studienangebot an den Hochschulen und Berufsakademien des Landes ausreichen, wenn die doppelten Abiturjahrgänge die allgemein bildenden Schulen verlassen werden?“ Diese Sorgen der Eltern sind nachvollziehbar, aber die Landesregierung hat mit dem Konzept „Hochschule 2012“ gehandelt.

Seit 1997 ist die Zahl der Schulabgänger mit Hochschulzugangsberechtigung in Baden-Württemberg kontinuierlich gewachsen (1997 lag die Zahl der Studienberechtigten in Baden-Württemberg noch bei 37.250). Ab dem Jahr 2008 erwarten wir, dass pro Jahr mehr als 60.000 Absolventen die Schulen mit einer Hochschulzugangsberechtigung verlassen werden. Die Zahl der Schulabsolventen mit Studienberechtigung (Allgemeine und Fachhochschulreife) steigt nach den neuesten Vorausrechnungen bis zum Jahr 2011 kontinuierlich an. Im Jahr 2012, wenn in Baden-Württemberg durch die Verkürzung der gymnasialen Schulzeit von neun auf acht Jahre, ein doppelter Abiturjahrgang die Schulen verlassen wird, erhöht sich die Zahl der jungen Menschen mit Hochschulzugangsberechtigung einmalig auf insgesamt rund 87.000 (Absolventen der allgemein bildenden Gymnasien, der beruflichen Gymnasien, der beruflichen Schulen und der Freien Waldorfschulen). In den Folgejahren bewegt sich dann die Zahl der Studienberechtigten mit leichten Schwankungen zwischen 62.000 und 63.000 und geht Ende des zweiten Jahrzehnts wieder auf eine Zahl unter 60.000 zurück. Aus heutiger Sicht ist also von einer starken Nachfrage nach Studienplätzen zunächst bis etwa 2020 auszugehen. Aber selbst im Jahr 2025 wird den Prognosen zufolge die Zahl der Studienberechtigten noch deutlich über dem Niveau von 2003 liegen.

Für die Hochschulen und Berufsakademien ergeben sich aus dieser Entwicklung große Herausforderungen. Im Jahr 2003

hatte die Zahl der Studienanfänger ein erstes Maximum erreicht und die vorhandenen Ausbildungskapazitäten spürbar überschritten. Als Folge mussten zunehmend Zulassungsbeschränkungen eingeführt werden, um eine Überlastung der Hochschulen und den daraus resultierenden Qualitätsverlust zu vermeiden. Die Hochschulen werden nach der Vorausrechnung der Schulabsolventen mit Studienberechtigung etwa bis zum Jahr 2025 mit Höchst- und Überlastsituationen konfrontiert sein. Bereits in den 80er-Jahren galt es schon einmal, eine Spitzennachfrage nach Studienplätzen zu verkraften. Damals wurde der „Studentenberg“ „untertunnelt“ – so hieß das damals. Gemeint war damit die Aufnahme von Studienbewerbern über die vertretbaren Belastungsgrenzen hinaus. Die Folgen dieser wenig durchdachten Politik waren überlange Studienzeiten und hohe Studienabbruchquoten. Schon damals ist Baden-Württemberg seinen eigenen Weg gegangen und hat mit einem „Fiebigstellen-Programm“ und Reinvestitionsprogramm dafür gesorgt, dass in Baden-Württemberg die Qualität der Lehre gesichert bleibt. Das



Prof. Dr. Peter Frankenberg

gleiche gilt heute für die Herausforderung durch die bis 2012 steigende Zahl von Studienberechtigten.

Wir müssen im Bereich der Hochschulen sicherstellen, dass für die steigende Zahl junger Menschen, die eine akademische Ausbildung anstreben, ausreichend Studienplätze vorhanden sind. Andernfalls werden wir nämlich Ende des nächsten Jahrzehnts – und verstärkt im 3. Jahrzehnt – große Probleme bekommen, anspruchsvolle Arbeitsplätze zu besetzen. Die Konsequenzen eines Fachkräftemangels für den Standort Deutschland, den es heute schon bei einigen Berufen gibt, liegen auf der Hand: Stagnation des Wirtschaftswachstums, Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland, ungesunder Anstieg der Vergütungssysteme mit Spätfolgen für die internationale Wettbewerbsfähigkeit und Weiteres mehr. Die Landesregierung von Baden-Württemberg hat daher mit Umsicht und Nachdruck dieses Thema aufgegriffen und reagiert.

#### 2012 – 16.000 zusätzliche Studienanfängerplätze

Die baden-württembergische Landesregierung hat sich sehr frühzeitig – als erstes Land in der Bundesrepublik überhaupt – konkret mit der Frage auseinandergesetzt, welche Maßnahmen die zu erwartende steigende Nachfrage erfordert und wie man eine Lösung findet, die bestmöglichen Nutzen für alle verspricht. Ergebnis dieser Überlegungen ist das Ausbauprogramm „Hochschule 2012“, mit dem die Hochschulen und Berufsakademien des Landes von 2007 bis zum Jahr 2012 schrittweise um bis zu 16.000 zusätzliche Studienanfängerplätze ausgebaut werden. Dafür stellt das Land jährlich entsprechend dem Ausbau zusätzliche Mittel zur Verfügung. Im Doppelhaushalt 2007/2008 waren das insgesamt 60 Mio.

Euro, die sich schrittweise erhöhen, bis im Jahre 2012 150 Mio. Euro erreicht sind, die dann pro Jahr zusätzlich zur Verfügung stehen. Mit der Bezeichnung „Studienanfängerplätze“ wird beschrieben, wie hoch die Zahl der Studienanfänger ist, die jedes einzelne Jahr aufgenommen werden können. Mit 16.000 zusätzlichen Studienanfängerplätzen können also ab 2012 jedes Jahr jeweils 16.000 zusätzliche Studienbewerber aufgenommen werden. Die Dimension dieses Ausbaus ist gewaltig: Alle Fachhochschulen Baden-Württembergs zusammen verfügen derzeit über etwa 15.000 Studienanfängerplätze. Und genau diese Kapazität gilt es noch einmal bereitzustellen, um die Studienchancen der nachwachsenden Generation zu wahren. In Verbindung mit den an den Hochschulen noch verfügbaren freien Kapazitäten werden diese zusätzlichen 16.000 Studienanfängerplätze gut ausreichen, auch den Absolventinnen und Absolventen des doppelten Abiturjahrgangs angemessene Studiemöglichkeiten zu bieten.

Um die Richtung des erforderlichen Ausbaus zu konkretisieren, beschritt das Land Baden-Württemberg einen völlig neuen Weg. Da es nicht nur um den generellen Ausbau der Studienangebote geht, sondern auch darum, der Entstehung einer Lücke an akademisch ausgebildeten Fachkräften wirksam gegenzusteuern, werden die Ausbauvorschläge der Hochschulen mit den Verantwortlichen des Beschäftigungssystems abgestimmt.

Bei einem Auftaktkongress der Landesregierung Ende Februar 2006, an dem ca. 400 Experten aus Wissenschaft, Hochschule, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft teilnahmen, wurden die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen für das Thema sensibilisiert und erste Lösungsansätze entwickelt. Ergebnis dieses Kongresses war die Entscheidung, unter der Moderation der Industrie- und Handelskammern in allen zwölf Wirtschaftsregionen des Landes „Regionale Dialoge“ durchzuführen, um Vorschläge der Hochschulen zum Ausbau von Studienanfängerplätzen mit den potentiellen künftigen Arbeitgebern unter dem Gesichtspunkt der Arbeitsmarktentwicklung abzustimmen. Vielerorts wurden Arbeitsgruppen eingerichtet, die zum Teil bis heute noch den Ausbauprozess begleiten. Jede Region reichte im Ministerium einen zwischen Wirtschaft und Hochschulen abgestimmten Ausbauplan ein. Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst hat die Vorschläge aus den Regionen auf ihre inhaltliche und zeitliche Realisierbarkeit, insbesondere aber auch unter dem Blickwinkel der Finanzierbarkeit und der

schnellen Umsetzbarkeit geprüft und im Entwurf eines Masterplans zum Ausbau der Hochschulen und Berufsakademien des Landes bis 2012 zusammengefasst. Im Oktober 2006 wurde der Masterplan der Öffentlichkeit in der „Abschlusskonferenz der Regionalen Dialoge“ vorgestellt. Im Resümee heißt das: Ein Ausbau der Kapazitäten erfolgt im Südwesten nur in Studienbereichen, deren Ausbau oder Erweiterung von der Wirtschaft befürwortet wurde und für deren Absolventen die Wirtschaft auch gute Arbeitsmarktchancen sieht.

### Ausbau in drei Tranchen

Das Programm „Hochschule 2012“ wird in drei Tranchen umgesetzt, die jeweils den Zeitraum von zwei Jahren umfassen: 2007/2008 – 2009/2010 – 2011/2012. Diese jeweils zwei

Jahre umfassenden Ausbaueiträume gewährleisten, dass die notwendigen Vorlaufzeiten, insbesondere zur Gewinnung des für den Ausbau unverzichtbaren qualifizierten wissenschaftlichen Personals, zur Verfügung stehen. Sie sichern dem Programm aber auch die erforderliche Flexibilität, um auf eventuelle Veränderungen in den Rahmenbedingungen schnell reagieren zu können.

Die Ausbaumaßnahmen der ersten Tranche befinden sich derzeit in der Umsetzung. Planmäßig zum Wintersemester 2007/2008 starteten die ersten zusätzlichen Studienangebote, die aus Mitteln des Projekts „Hochschule 2012“ gefördert werden – insgesamt über 3.000 zusätzliche Studienanfängerplätze an allen Hochschulen und Berufsakademien. Im Wintersemester 2008/2009 werden weitere 3.000 zusätzliche Studienanfängerplätze dazukommen, so dass Ende 2008 bereits über 6.000 zusätzliche Anfängerplätze mit Studierenden besetzt werden können. Die Anmeldungen der Ausbauvorschläge für das Jahr 2009 liegen dem Ministerium für Wissen-

schaft, Forschung und Kunst zwischenzeitlich ebenfalls vor. Das Ministerium wertet diese Vorschläge derzeit aus und führt mit den Hochschulen Gespräche über die Prioritäten. Im Jahr 2009 wird das Studienangebot des Landes um nochmals mehr als 3.000 Anfängerplätze erweitert, so dass 2010 schon über 9.000 zusätzliche Anfängerplätze jedes Jahr zur Verfügung stehen, die dann bis 2012 auf insgesamt 16.000 zusätzliche Studienanfängerplätze anwachsen.

Von den Anforderungen des Arbeitsmarktes her gesehen, zeichnet sich im Augenblick der stärkste Bedarf bei den In-



genieur- und Wirtschaftswissenschaften ab. Deshalb liegt ein Schwerpunkt der ersten Ausbautranche in den Jahren 2007/2008 bei diesen Fächergruppen. Priorität haben aus diesem Grunde in der ersten Tranche auch Erweiterungen des Studienangebots an Fachhochschulen und Berufsakademien. Bei den Berufsakademien bildet die Zahl der angebotenen Plätze real den bestehenden Bedarf an jungen Mitarbeitern ab, da jeder Bewerber an einer Berufsakademie bereits über einen Ausbildungsvertrag in einem Wirtschaftsunternehmen verfügt. In den Ausbau ist das gesamte Fächerspektrum der Berufsakademien (Technik – Wirtschaft – Sozialwesen) einbezogen. Das duale Ausbildungsprinzip sichert einen unmittelbaren Bezug zur beruflichen Praxis. In der Regel werden fast alle Absolventen später vom ausbildenden Unternehmen übernommen. Auch bei den Fachhochschulen wird das ganze Spektrum der Studienangebote berücksichtigt, weil die Berufsaussichten günstig sind. Der Anteil des Ausbaus bei den Universitäten liegt dagegen in der ersten Ausbaustufe unseres Landesprogrammes unter 25%. Das entspricht in keiner Weise der proportionalen Verteilung der Studierenden im bisherigen System. Das wird sich jedoch in den beiden nächsten Ausbautranchen deutlich ändern. Bereits in der zweiten Tranche rechnen wir mit einem deutlichen Anstieg der Ausbauangebote der Universitäten und damit auch mit Vorschlägen, die stärker in die Breite des bestehenden Fächerangebots gehen.

Um die angestrebte Zahl von 16.000 Studienanfängerplätzen zu realisieren, müssen die Hochschulen und Berufsakademien engagiert mitwirken. Dazu haben sie sich u.a. im Solidarpakt II auch bereit erklärt. Die finanziellen Rahmenbedingungen für den Ausbau sind absolut transparent. Den Hochschulen wird ein Gesamtbudget angeboten, das sich aus der Zahl der angebotenen zusätzlichen Studienanfängerplätze je Hochschule/Berufsakademie errechnet. In dem Budget sind auch die notwendigen Professorentellen mit enthalten.

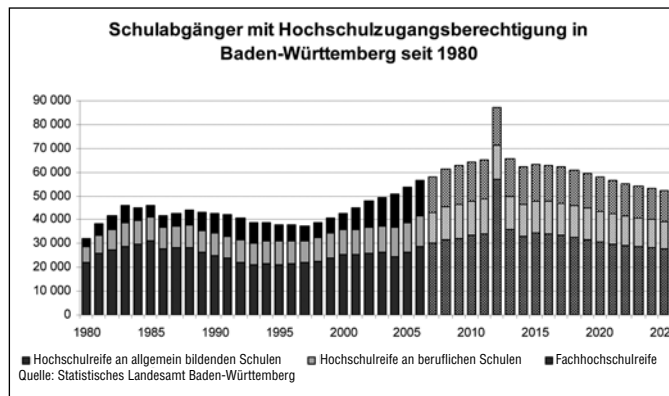
Ergänzt werden die Landesmittel durch Bundesmittel aus dem Bund-Länder-Programm „Hochschulpakt 2020“. Mit dem „Hochschulpakt 2020“ fördert der Bund die Aufnahme zusätz-

licher Studienanfänger an den Hochschulen. Jede Hochschule, die im Vergleich zum Bezugsjahr 2005 zusätzliche Studienanfänger aufnimmt, erhält dafür Bundesmittel in Höhe von 8.525 Euro. Zusammen mit den Landesmitteln erhalten diejenigen Hochschulen, die sich bei der Aufnahme zusätzlicher Studierender engagieren eine auskömmliche Finanzierung, so dass die Ausbaumaßnahmen an den Landeshochschulen über eine gute Grundlage verfügen.

Die Neuen Bundesländer, die – anders als in den alten Ländern – in den nächsten Jahren rückläufige Zahlen an Studienbewerbern haben werden, erhalten aus dem „Hochschulpakt 2020“ ebenfalls Mittel, um die bestehenden Studienanfängerplätze, die sie für die „Eigenversorgung“ nicht in diesem Umfang brauchen würden, zu erhalten und so einen Beitrag zu den bundesweit steigenden Anfängerzahlen zu leisten.

Wir stehen im Jahr 2008 noch am Beginn der Entwicklung steigender Studienanfängerzahlen, aber sowohl in Baden-Württemberg selbst als auch in der gesamten Bundesrepublik sind die entsprechenden Maßnahmen eingeleitet, um der jungen Generation genügend Studienmöglichkeiten anbieten zu können. Mit der Erweiterung des Studienplatzangebots im Rahmen des Ausbauprogramms „Hochschule 2012“ trägt das Land nicht nur dazu bei, die Chancen der jungen Menschen zu sichern, sondern gleichzeitig auch dazu, dass der vor dem Hintergrund des demographischen Wandels

in den nächsten beiden Jahrzehnten sich abzeichnende Fachkräftebedarf in Wirtschaft und Dienstleistung gesichert werden kann. Die Investitionen in die gute berufliche Qualifikation und Bildung unserer Jugend ist die beste Investition, um auch in Zeiten eines Wandels für die Gesellschaft, in der wir leben, Zukunftschancen zu sichern.




<b>Bedarf an zusätzlichen Studienanfängerplätzen (Rechenmodell)</b>	
<b>Zahl der Schulabgänger mit Hochschulzugangsberechtigung im Jahr 2012 in Baden-Württemberg</b>	<b>87.200</b>
Die Studierquote liegt bei 75 %, das heißt 25 % der Absolventen brauchen keinen Studienplatz; weniger als die Hälfte der Studierwilligen beginnen ihr Studium im Jahr des Abschlusses (wir rechnen mit 50%)	54.500
<b>Bedarf der Schulabgänger aus Baden-Württemberg aus dem Jahr 2012, die sofort an eine Hochschule gehen</b>	<b>33.000</b>
Studienberechtigte aus vorhergehenden Jahren, die voraussichtlich 2012 ein Studium beginnen	+ 24.000
Studienanfänger aus anderen Bundesländern („Importsaldo“)	+ 2.000
Studienanfänger aus dem Ausland (12000 Studienanfänger, die aber oft keinen vollen Studienanfängerplatz benötigen, weil nur ein Auslandssemester absolviert wird)	+ 6.000
<b>Bedarf aus den Schulen</b>	<b>65.000</b>
Fachwechsler, Studierende, die ein Zweitstudium anfangen	+ 10.000
<b>Gesamter Bedarf</b>	<b>75.000</b>
Vorhandene Kapazitäten	- 59 000
<b>Mehrbedarf</b>	<b>16 000</b>

*Ausführliche Informationen auf der Homepage des MWK unter:  
[http://mwk.baden-wuerttemberg.de/themen/hochschulen/hochschule\\_2012/](http://mwk.baden-wuerttemberg.de/themen/hochschulen/hochschule_2012/)*



# Studien- informationstag 2008

**19. NOVEMBER 2008**

 Hochschulluft schnuppern. In der Mensa essen. Studierende kennenlernen. Mit Professorinnen sprechen. Labore besichtigen. An Vorlesungen teilnehmen. Wissen, was ein **STUDIUM IST** und **WELCHE BERUFSWEGE** man damit beschreiten kann.

Unter [www.studieninformationstag.de](http://www.studieninformationstag.de) oder [www.studieninfo-bw.de](http://www.studieninfo-bw.de) erhalten Sie alle notwendigen Informationen zu den Studien- und Orientierungstagen der Hochschulen und Berufsakademien in Baden-Württemberg.

Für mehr Infos und Fragen zur Freistellung vom Unterricht  
**WENDEN SIE SICH BITTE AN**

Die DB-Regio ist unser Partner!

Das Baden-Württemberg-Ticket gilt am 19.11.2008 bereits ab 7:30 Uhr.

Eine Karte. Fünf Personen. Ein Tag. 27 Euro.



**Baden-Württemberg**

MINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT, FORSCHUNG UND KUNST

## Neues Förderprogramm für Mädchen

Den hohen Bedarf an Frauen in natur- und ingenieurwissenschaftlichen Berufen betonte der Ministerialdirektor im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Klaus Tappeser anlässlich der Fachtagung „Schülerinnen forschen – Einblicke in Naturwissenschaften und Technik“. Mit dem Programm „Schülerinnen forschen“ sollen Mädchen für attraktive Karrierechancen im so genannten MINT-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) begeistert werden, um dem Fachkräftemangel frühzeitig zu begegnen. Für das Förderprogramm stellt das Ministerium für die Jahre 2008 und 2009 je rund eine Mio. Euro zur Verfügung.

„Wir haben uns entschlossen, bereits Mädchen in den Klassen sieben bis zehn anzusprechen, um sie mit den vielfältigen Angeboten der Hochschulen insbesondere für das Schulfach Physik zu begeistern“, sagte Tappeser. Für ein Studium der Ingenieurwissenschaften stelle Physik das Schlüsselfach dar. Jedoch gehe das Interesse der Mädchen an Naturwissenschaften nach Expertenmeinung ab Klasse sieben, also gleichzeitig mit der Einführung des Faches Physik, häufig verloren.

Das Förderprogramm „Schülerinnen forschen“ besteht aus folgenden Bausteinen:

- In Schülerlaboren für Physik und Chemie an den Hochschulen des Landes sollen speziell für Mädchen konzipierte Experimentierkurse angeboten werden. Dozentinnen und Studentinnen leiten die Kurse.
- In Feriencamps können Mädchen während der Schulferien in mehrtägigen Veranstaltungen in die Welt der Naturwissenschaften und der Technik eintauchen. Angeboten werden z.B. Experimentierkurse, Orientierungsberatungen, Berufsorientierung und Kontakte zu weiblichen Vorbildern.
- Damit sich Schülerinnen für ein Studium in den Ingenieur- und Naturwissenschaften entscheiden, sollen innovative gendergerechte Beratungskonzepte entwickelt werden, die Mädchen mit der entsprechenden Begabung für ein solches Studium motivieren.
- In einem eigenen Baustein ist eine wissenschaftliche Begleitung vorgesehen. Es sollen Erkenntnisse gewonnen werden, inwieweit die Maßnahmen die Studienwahl beeinflussen haben. Zudem soll ein Netzwerk aus Hochschulvertreterinnen, Lehrerinnen und Schülerinnen aufgebaut werden.

## Mehr Spielraum bei Stipendien

Die Landesregierung will die Vergabe von Stipendien für den wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchs flexibler gestalten. Insbesondere Höhe und Auszahlungsdauer der Stipendien sollen nicht mehr landeseinheitlich, sondern von den Hochschulen nach Bedarf unterschiedlich geregelt werden. Eine entsprechende Novellierung des Landesgraduiertenförderungsgesetzes wurde vom Ministerrat gebilligt und soll nun in den Landtag eingebracht werden.

„Im Wettbewerb um die besten Nachwuchswissenschaftler wollen wir die Arbeitsbedingungen an unseren Hochschulen noch attraktiver machen“, sagte Wissenschaftsminister Prof. Dr. Peter Frankenberg.

Künftig sollen die Hochschulen die Fördersätze (bisher 820 Euro monatlich) und -konditionen innerhalb des Budgets selbst festlegen können. Die bisherige Begrenzung der Förderdauer auf drei Jahre soll aufgehoben werden.